

Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46ster Jahrgang.



№ 66.

1848.

Ratibor, Sonnabend den 19. August.

Vertrauen und Mißtrauen.

Wohl nicht mit Unrecht hat man unsere Zeit als die Zeit des Mißtrauens bezeichnet, denn sie ist daran reicher, als irgend eine andere war. Jeder einzelne Mensch, jeder Stand, jede Partei, jede Corporation ist irgendwie vom Geiste des Mißtrauens beseelt; fast giebt es nichts, das nicht irgendwie entweder Grund oder Gegenstand oder Folge des Mißtrauens wäre. Man könnte ein dickes Buch darüber schreiben, wie der Geist des Mißtrauens die verschiedenen Lebensverhältnisse beherrschte, selbst wenn man sich mit bloßen Andeutungen begnügen wollte. Ich will mich hier bloß darauf beschränken, zu zeigen, in wiefern man mit Recht über den Geist des Mißtrauens klagt, wie ihm ferner, falls solches heilsam sein sollte, am besten entgegengearbeitet werden kann.

Meine geehrten Leser wundern sich vielleicht, wenn ich frage, ob man sich mit Recht über das Herrschen des Mißtrauens beklage. Jedenfalls fehlt es nicht an Menschen, die das Mißtrauen in keiner Weise geduldet wissen wollen, welche es dem Vertrauen entgegensetzen, wie dem Guten das Böse. Ihnen setze ich zunächst die Erfahrung entgegen, welche beweis't, daß das Mißtrauen nicht durchaus gemißbilligt wird; ja vielleicht haben sie selber vorkommenden Falls für recht gehalten, Mißtrauen zu hegen.

Es ist gewiß etwas Gutes, daß wir eine Bürgerwehr haben; doch woher stammt sie? Ist sie nicht ein Kind des Mißtrauens? Wozu bedürften wir einer Bürgerwehr, wenn den Feinden zu trauen wäre, wozu einer Bürger-Wache, wenn man nicht auf dies oder jenes wachsam, d. i. mißtrauisch, sein müßte? Wir haben eine constituirende Versammlung; woher stammt sie? Man sagt vielleicht, sie sei aus dem Vertrauen des Volks hervorgegangen, um anzudeuten, daß sie das Vertrauen des Volkes besitze oder wenigstens besessen habe. Doch die Erfahrung lehrt das Gegentheil. Warum verlangte das Volk eine Constitution? Nicht aus Mißtrauen? Für diejenigen, welche der Meinung sind, man dürfe gegen unsere constituirende Versammlung kein Mißtrauen hegen, will ich hier beiläufig bemerken, daß sie selber in sich Mißtrauen setzt. In der Sitzung vom 1. Juli fragte der Abgeordnete Uhlich: „Wollen wir glauben, daß wir nicht auf die rechte Weise gewählt worden,“ d. i. daß das Volk nicht diejenigen, denen es am meisten vertraute, zu seinen Vertretern erwählt habe? Die Antwort war ein Mißtrauens-Votum. In derselben Sitzung hat die hohe Versammlung beschlossen: „Jedes Mitglied, welches ein Staatsamt oder eine Beförderung im Staatsdienste annimmt, verliert Sitz und Stimme in der Versammlung.“ Was ist dieser Beschluß anders als ein Mißtrauens-Votum gegen die Regierung, sowie gegen die hohe Versammlung selbst?

Doch ich will keineswegs dem Mißtrauen das Wort reden. Ich gebe zu, daß das Mißtrauen an sich selbst etwas Beängstigendes hat, daß es sehr üble Folgen haben kann. Wenn z. B. ein reicher Capitalist aus Mißtrauen sein Geld einem Kasten anvertraute, so ist ihm dabei gewiß nicht so wohl, als wenn er es mit Sicherheit circuliren lassen kann; und die Folgen seines Mißtrauens sind offenbar Hemmung des Verkehrs, Vergröße-

rung der Noth. Aber das Mißtrauen ist einmal da, wie viel man auch darüber klagen möge; und alles, was da ist, hat einen Grund. Wer also über das Dasein des Mißtrauens klagt, der muß auch über den Grund desselben klagen; man kann es nicht verwerfen, ohne seinen Grund zu verwerfen.

Man hat der Herrschaft des Mißtrauens entgegen zu arbeiten versucht, man hat fleißig ermahnt: „Leute habt doch Vertrauen,“ sei es nun zur Regierung, zur National-Versammlung oder zu etwas Anderem. Allein trotz alles Ermahnens bleibt das Mißtrauen; ja selbst die Ermahnenden können nicht umhin, selber Mißtrauen zu hegen. Woher kommt dies? Es kommt daher: Der Grund des Mißtrauens ist nicht der Wille des Menschen. Niemand hegt gern Mißtrauen, sondern weil er muß. Der Grund des Mißtrauens ist nichts anderes, als das Vertrauen und zwar in doppelter Hinsicht: man hegt einmal Mißtrauen, weil man ohne einen wahren Grund vertraut hat, d. i. weil man getäuscht worden ist; man hegt Mißtrauen, um nicht wieder getäuscht zu werden, um ein wohlbegründetes Vertrauen hegen zu können.

Was ist also zu thun, um den Geist des Mißtrauens auszurotten, um das Vertrauen wieder herzustellen? Es hilft dazu kein Klagen, kein Ermahnen; doch giebt es ein sehr wirksames Mittel. Vergebens wandte man sich an den Willen der Menschen; ihn kann man stets voraussetzen, der Mensch ist stets bereit zu vertrauen, wenn er nur kann. Wer kein Vertrauen hat, wozu es auch sei, dem fehlt es einzig und allein am Können. Man muß es also den Menschen möglich machen, Vertrauen zu hegen, indem man den Grund ihres Mißtrauens beseitigt, und ihnen Grund zum Vertrauen giebt. Ich will dies an einem Beispiele, zu erläutern suchen.

(Beschluß folgt in der nächsten Nummer.)

Constitutioneller Verein zu Ratibor.

Ratibor 16. August. Ordner Herr Chef-Präsident Wentzel. Der Ordner dankt für das Vertrauen, welches die Versammlung durch die Wahl desselben in den Vorstand bewiesen, und ermuntert zur öfteren Benutzung der Tribüne. Wir seien zu dem schönen Zwecke mit einander hier verbunden, um gegenseitig von einander zu lernen und uns gegenseitig zu stärken; da sei die Hauptsache nicht die Form, sondern die Sache, und wo jeder den Hauptzweck im Auge behaltend seinen Theil zum Allgemeinen beitrage, da werde sich aus einer socialen oder politischen Frage die andere wie von selbst herausspinnen.

Da ein besonderer Vortrag nicht angemeldet war, so theilte der Ordner die Antwort mit, welche der constitutionelle Zentralverein zu Breslau an die Breslauer Abgeordneten bei der National-Versammlung in Berlin auf deren Beleuchtung eines früheren Schreibens erlassen hat. Der Zentralverein sagt in dieser Antwort, daß es unpassend sei, in solchen Angelegenheiten sich des Hohnes und Spottes zu bedienen. Die National-Versammlung sei in Berlin zusammengerufen, um eine Verfassung zu Stande zu bringen, nicht aber über tausenderlei andere Dinge zu debattiren. Zu diesem Zwecke haben auch die Breslauer Wähler ihre Deputirten nach Berlin gesandt, und zu keinem andern. Den Aufbau einer constitutionellen Monarchie erwarten die Wähler von ihren Abgeordneten, nicht aber Sympathien und das Liebäugeln mit den Republiken der alten und neuen Zeit.

Ueber die Frage, daß die National-Versammlung zunächst und vor allem andern eine Verfassung zu Stande zu bringen suchen solle, spricht der Ordner seine Ansicht weiter aus, da Niemand sich um das Wort gemeldet. Er entscheidet sich für eine bejahende Antwort. Die Märzrevolution und ihre nächsten Folgen haben zu manchen ernsten Besorgnissen Veranlassung gegeben. Wir sahen die Sicherheit der Personen und des Eigenthums gefährdet, eine fieberhafte Aufregung war überall sichtbar, bedeutende Veränderungen gingen in wenigen Tagen vor sich, es habe in der That eine Revolution stattgefunden, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, und zu beklagen sei nur dieß, daß wir nicht auf friedlichem Wege zu dieser Reform gekommen seien.

Diese Revolution habe aber nicht alles nivellirt, sie habe den Thron unangetastet gelassen, und an der Spitze stehe noch der König. Wenn jene fieberhafte Aufregung der ersten Tage größtentheils geschwunden und alles ruhiger geworden, so liege der Grund darin, weil das Volk in seinen verschiedenen Partheien seine Abgeordneten zur National-Versammlung geschickt habe, und hoffe, daß diese dem Bedürfnisse abhelfen und die neue Staatsverfassung bald aufbauen werden.

Es sei daher allerdings die erste und höchste Pflicht der Abgeordneten, dahin zu wirken, daß die Verfassung bald zu Stande komme, und dadurch wieder geordnete Verhältnisse eintreten. Vielseitige Interpellationen und andere Fragen, die mit dem Aufbaue des neuen Hauses nicht in naher Beziehung stehen, legten nur neue Hindernisse in den Weg und verzögerten das Werk. Ein zweiter Grund, weßhalb vor allem andern auf die Berathung der Verfassung gedrungen werden müsse, sei der, weil alle Gesetze ihren Halt- und Stützpunkt in der Constitution finden müßten. Man könne aber nicht von hinten anfangen und einzelne Gesetze, z. B. über die Wehrverfassung, Preßfreiheit u. s. w. geben, da alle Gesetze von dem einen ausgehen müßten. Es müsse drittens die Verfassung erst festgestellt werden, weil diese erst die Art und Weise bestimmen muß, wie die Gesetze zu Stande kommen sollen, in welchem Umfange das Veto der Krone festgestellt werde. Hätten auch die bis jetzt berathenen Gesetze die Zustimmung der Krone erhalten, so

stehe doch noch nicht fest, was geschehen solle, wenn das Gegentheil eintrete u. s. w.

Hierauf nimmt Dr. v. der Decken das Wort. Der vorige Redner habe sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß die Reform auf dem Wege der Revolution, und nicht auf friedlichem Wege errungen sei. Er meine, Deutschland habe allerdings der Revolution nicht bedurft, es sei besonders Preußen auf dem Wege der Reform in den letzten Jahren weit vorgeschritten; die Revolution sei von Frankreich ausgegangen und habe sich von da zu uns verbreitet. Sie habe uns den Vortheil gebracht, daß das Gute ganz und schnell geschehen, und eine radicale Heilung vor sich gegangen. Ohne sie würde doch noch manches beim Alten geblieben sein, z. B. die Prüderie der höhern Stände, der Büreaukratenstolz u. s. w., allerdings sei das schroffe, zuweilen brutale Auftreten mancher Mitglieder der Linken in den Versammlungen zu Berlin und Frankfurt zu beklagen, aber auch dieß habe sein Gutes, indem dadurch allen Mitgliedern der Rechten die Bedeutung der neuen Zeit, in welcher jeder gleiche Rechte in Anspruch nehmen kann, vollständig klar werde. Es sei gut, daß das Alte zertrümmert sei, denn die Reaktion sei dadurch unmöglich geworden. Man fürchte zwar bei solchen Erscheinungen den Ausbruch der Anarchie, allein mit Unrecht, die Deutschen überstürzten sich nicht, wie die Franzosen. Durch das starke Hervortreten der Partheien würden sich nur die schroffen Gegensätze immer mehr abschleifen.

Dr. Wichura besteigt die Tribüne, und geht auf die Ansicht des ersten Redners zurück, daß nämlich vor allem andern eine Verfassung gegeben werden müsse, und die Thätigkeit der Deputirten vor allem andern auf diese zu richten sei. Der Redner meint, daß manche Gesetze schon jetzt dringendes Bedürfniß seien, zum Beispiel ein Gesetz über die Preßfreiheit, die Bürgerwehr u. s. w. Wenn nun erst die Verfassung gegeben und der Krone ihr Veto zugesichert sei, dann könne der Fall eintreten, daß diese nothwendigen Gesetze durch das Veto der Krone auf Jahre lang hinausgeschoben werden und wir daher Jahre lang ohne Gesetze seien.

Präsident Wentzel erwiedert hierauf, daß vom Standpunkte der Theorie aus die Sache allerdings so erscheinen könne, vom praktischen Standpunkte aus schwänden diese Besorgnisse, denn grade die Regierung habe das größte Interesse, daß die Gesetze zu Stande kämen, wie dieß die angeführten Beispiele mit der Preßfreiheit u. s. w. beweisen. Niemand käme z. B. bei Preßvergehen in größere Verlegenheit, als der Staat, der darüber urtheilen soll, während das vorhandene Gesetz durchaus nicht ausreiche, um einen Richterspruch im Sinne der neuen Zeit zu fällen. Die Regierung selbst werde gewiß alles aufbieten, daß die neuen Gesetze erscheinen, sobald nur das Grundgesetz da sei, aus welchem diese sich organisch zu entwickeln im Stande wären.

Es wurde zuletzt noch der Fragekasten geöffnet. Die erste Frage war persönlicher Natur und wurde leicht beseitigt. Eine zweite Frage war, ob es nicht wünschenswerth sei, daß zur Wahl in den Vorstand die absolute Majorität der Stimmen erfordert, und somit eine Aenderung des Statuts nöthig werde. Da ein Antrag zur Abänderung des Statuts erst durch **10** Mitglieder unterstützt sein muß, wenn er zur Berücksichtigung kommen soll, so wurde vom Ordner die desfallsige Frage gestellt. Der Antrag wurde nicht unterstützt, weshalb er als beseitigt zu betrachten ist. Dr. Wichura meint, daß jener Antrag wahrscheinlich auf seine Person gerichtet sei, da er nicht absolute Stimmenmajorität bei der Wahl in den Vorstand gehabt, er wolle daher aus dem Vorstande austreten, wenn die Versammlung ihn nicht mit absoluter Majorität wieder wähle. Der Ordner erwiedert, daß die Wahl gültig vollzogen sei und eine neue Abstimmung nicht stattfinden könne, worin ihm Superintendent Redlich beistimmt. Auch könne aus dem Umstande, das ein Mitglied des Vorstandes nicht mit absoluter Majorität gewählt sei, nur da, wo über ein einzelnes Individium abgestimmt würde, der Schluß gezogen werden, daß die Zustimmung der Majorität der Versammlung nicht vorhanden sei, nicht aber in dem Falle, wo jedes Mitglied der Versammlung Gegenstand der Wahl sein könne. Er bittet daher den Antragsteller seinen Antrag zurück zunehmen, was auch geschieht. Endlich wird noch die Frage aus dem Kasten gezogen, ob durch Brentanos Aeußerung in der Reichsversammlung zu Frankfurt über den Prinzen von Preußen, sich der preußische Volksstamm verletzt fühlen könne?

Präsident Wentzel meint, daß die preußischen Deputirten bei der Reichsversammlung die rechtmäßigen Vertreter des preußischen Volksstammes seien, und daß man daher vom rechtlichen Standpunkte aus ihre Erklärung als die des ganzen Volkes ansehen könne und müsse. Frage man nach dem Grunde dieser Erklärung, so scheine es dieser zu sein, daß in einem constitutionellen Staate die Krone ihre Souverenetät mit dem Volke theile und mit diesem in einem so innigen Verhältnisse stehe, daß jede Beleidigung des Kroninhabers oder Thronfolgers auch schmerzlich vom Volke empfunden werde. Die Sitzung schloß um **10** Uhr, nachdem noch die Eingänge aus Frankfurt angezeigt worden waren.

Der Vorstand.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Ein weißleinenes Schnupftuch, gezeichnet F. B. **6** ist am **18.** d. in der Nähe der Hirtschen Buchhandlung, eine rothwol-

lene Kindertasche mit Schmelzperlen gestickt und eine Kriegs-Denkmünze von $18^{13}/_{14}$ in der Nähe des Schießhauses, so wie ein kleiner Schlüssel auf dem Neumarkte gefunden und im hiesigen Polizei-Büreau abgegeben worden.

Markt-Preis der Stadt Ratibor
vom 17. August 1848:

Weizen: der Preuß. Scheffel 1 rtlr. 17 sgr. 6 pf. bis 1 rtlr. 22 sgr. 6 pf.
Roggen: der Preuß. Scheffel 1 rtlr. 2 sgr. 6 pf. bis 1 rtlr. 7 sgr. 6 pf.
Gerste: der Preuß. Scheffel - rtlr. 16 sgr. 6 pf. bis - rtlr. 21 sgr. - pf.
Erbsen: der Preuß. Scheffel 1 rtlr. 8 sgr. - pf. bis 1 rtlr. 11 sgr. 3 pf.
Hafer: der Preuß. Scheffel - rtlr. 14 sgr. 6 pf. bis - rtlr. 16 sgr 6 pf.
Stroh: das Schock 2 rtlr. 15 sgr. bis 2 rtlr. 20 sgr.
Heu: der Centner - rtlr. 12 sgr. bis - rtlr. 15 sgr.
Butter: das Quart: 13 bis 15 sgr.
Eier 6 für 1 sgr.

Verlegt und redigirt unter Verantwortlichkeit der Hirtschen Buchhandlung in Ratibor.

Druck von Bögner's Erben.

Allgemeiner Anzeiger.

Nach § 4 der Verordnung vom 6. April c. sind Versammlungen in geschlossenen Räumen nur **ohne** Waffen gestattet, worauf wir hierdurch aufmerksam machen.

Ratibor den 15. August 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Ein dem Krankenhause gehöriges, hinter dem Zeughause in der Großen-Vorstadt belegenes Ackerstück von über 4 großen Scheffeln Aussaat wird am 1. October c. pachtlos — und wird bemerkt, daß auf Verlangen auch parzellenweise der Acker verpachtet werden wird. Pachtlustige werden eingeladen

am 23. August c. Nachmittags 3 Uhr

in unserem Kommissions-Zimmer zur Abgabe ihrer Gebote zu erscheinen.

Ratibor den 6. Juni 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die auf den 24. August c. Vormittags 10 Uhr hierselbst angeordnete Auction von 2 kupfernen Pistoriusschen Brenn-Apparaten und 22 Luxuspferden wird nicht Statt finden.

Ratibor den 17. August 1848.

Das Kreiszustizräthliche Amt
Grothe.

Einer zuverläßigen Person, der die Aufsicht über 2 Kinder anvertraut werden soll, wird sofort eine Stelle durch die Expedition d. Bl. nachgewiesen.

Auf den, unter Beifügung von № 56 des Allg. Oberschl. Anzeigers und № 42 der Oberschl. Locomotive, erstatteten Berichtes hat das Hohe Königliche General-Postamt nachstehenden Bescheid unter dem 14. August a. c. ertheilt:

„daß es überhaupt nicht der Mühe werth sein dürfte auf die theils unwahren, theils unerheblichen Artikel, welche in den beiden zurückfolgenden Nummern der Oberschlesischen Locomotive und des Oberschlesischen Anzeigers enthalten sind, eine Erklärung erfolgen zu lassen."

Vorstehende Mittheilung meinen geehrten Herren Kollegen in Folge der in der Stadtverordneten-Versammlung am 28. Juli a. c. gegebenen Auskunft.

Ratibor den 18. August 1848.

Renouard de Viville,
Major a. D. und Postmeister.

Neue Berliner Hagel-Assekuranz-Gesellschaft.

Die unterzeichnete Direktion bringt hierdurch zur Kenntniß des betheiligten Publikums, daß dieselbe mit der Auszahlung der Hagelschäden so schnell als es die ihr zur Prüfung vorliegende große Anzahl von Tax-Verhandlungen über die im gegenwärtigen Jahre unsere Gesellschaft betroffenen bedeutenden Hagelschäden nur irgend gestattet, fortschreitet, und daß binnen ganz kurzer Zeit die vollständige Befriedigung der Damnifikaten erfolgt sein wird.

Direktion
der neuen Berliner Hagel-Assekuranz-Gesellschaft.

Sonnabend den 19. August

Konzert im Jungfernhofe von der Oberschl. Musikgesellschaft.

Wirthschafterin-Gesuch.

Einer gebildeten Person zwischen 20 bis 30 Jahren, welche einige Tausend Thaler disponibles Kapital besitzt und einer Landwirthschaft vorzustehen im Stande, auch wo möglich der polnischen Sprache mächtig ist, kann gegen hypothekarische Sicherstellung ihres Kapitals eine sehr gute selbstständige Stellung, möglicherweise auch dadurch eine sehr vortheilhafte Verheirathung nachgewiesen werden. Adressen werden unter Zusicherung der strengsten Discretion unter Chifre W. G. franco Ratibor erbeten.

In meinem Hause auf der neuen Straße ist das Gewölbe worin ein Spezerei-Geschäft betrieben wird, nebst Wohnung vom 1. Oktober d. J. ab zu vermiethen, auch ist in diesem Hause ein Zimmer für einen einzelnen Herrn zu vermiethen und sofort zu beziehen.

Ratibor den 15. August 1848.

S. B. Danziger.

So eben ist erschienen und in der **Hirtschen Buchhandlung** in **Ratibor** zu haben:

„Preußen soll fortan in Deutschland aufgehen."

Zuschrift an seine preußischen Mitbürger

von

Alexander Sabarth,
Justiz-Kommissarius.

Preis: $2^1/_2$ Sgr.

Die zur Aufnahme in dieses Blatt bestimmten Inserate werden von der Expedition desselben (am Markt im Lokal der Hirtschen Buchhandlung) spätestens an jedem Dienstag und Freitag bis 12 Uhr Mittags erbeten.